

Forschungsergebnisse

**Frauen und Männer  
sind noch längst  
nicht gleichgestellt**

Wirtschaftspolitische Analyse

**Was Marktdesign für  
Lebensmittelpenden  
bedeuten kann**

Nachgefragt

**Verursacht das  
Steuersystem mehr  
soziale Ungleichheit?**

Foto: © istockphoto/Nastco

## Warum das Produktivitätswachstum in Deutschland an Fahrt verliert

Wie andere Industriestaaten auch verzeichnet Deutschland einen Rückgang des Produktivitätswachstums trotz eines anhaltenden Wirtschaftswachstums, einer zurückgehenden Arbeitslosigkeit und einer hohen technologischen Dynamik. Diese Entwicklung steht im Kontrast zu dem Potenzial, dass die Digitalisierung für die deutsche Wirtschaft birgt. Ein ZEW policy brief geht den Ursachen des lahmen Produktivitätswachstums nach und schlägt Ansätze für eine produktivitätssteigernde Politik vor.

Seit einigen Jahren, spätestens seit der Finanz- und Wirtschaftskrise von 2007/2008, lässt sich in vielen westlichen Industrieländern ein Rückgang des Produktivitätswachstums feststellen. Die hohe technologische Dynamik der Digitalisierung schlägt sich bisher noch nicht in einer höheren Produktivität nieder. Gründe für die Verlangsamung des Produktivitätswach-

tums sind dabei vielfältig: So sind insbesondere in Deutschland im internationalen Vergleich die Ausrüstungsinvestitionen gering, was zu einer sinkenden Arbeitsproduktivität führt. Auch investieren deutsche Unternehmen nur in relativ geringem Maße in fortschrittliche Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT). Das liegt einerseits an der starken Regulierung der deutschen Güter- und Arbeitsmärkte. Andererseits gibt es eine große Anzahl an kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMU), die neue digitale Technologien potenziell weniger effektiv einsetzen können als Großunternehmen.

Der produktivitätsstimulierende Effekt der Digitalisierung bleibt bislang weitgehend aus und wird erst in zukünftigen Perioden zum Tragen kommen. Hierfür ist laut dem ZEW policy brief ausschlaggebend, dass die Etablierung technologischer Neuerungen Zeit in Anspruch nimmt und einige deutsche Unternehmen mit Adapti-

onsproblemen zu kämpfen haben. Eine zurückhaltende Investitionsbereitschaft bei gleichzeitigen Implementationsschwierigkeiten von Industrie-4.0-Technologien führt dazu, dass branchenübergreifende Potenziale zur Kostensenkung sowie zur Erschließung neuer Kunden und Märkte über Produktinnovationen noch zu häufig ungenutzt bleiben.

Weiterhin lassen sich zunehmende Produktivitätsunterschiede zwischen Unternehmen beobachten: Seit dem Jahr 1995 bestehen gravierende Unterschiede der Innovationsausgaben zwischen KMU und Großunternehmen. Eine deutliche Heterogenität besteht auch innerhalb der Gruppe der KMU, unter denen wenige „Hidden Champions“ erfolgreiche Innovationsmaßnahmen ergreifen, während sich viele Unternehmen aus Innovationsaktivitäten zurückziehen. Es sind vor allem die niedrigen Erträge von Innovationsaktivitäten sowie die ausgesprochen hohen Kosten für den Ausbau und die permanente Unterhaltung von Innovationskapazitäten, die vielen KMU die Etablierung von digitalen Technologien erschweren.

Diese Problematik führt nicht nur insgesamt zu einer langsamen Diffusion von Innovationen im Markt, sondern verschafft einigen Unternehmen – den sogenannten „Productivity Leaders“ – eine monopolartige Marktposition, die es anderen Unternehmen erschwert, aufzuschließen. Während beispielsweise in der chemischen Industrie, in der Elektrotechnik und im Maschinenbau die intraindustriellen Unterschiede zunehmen, bleiben sie im Automobilbau weitgehend konstant.

Ein weiterer Grund für eine Verlangsamung des Produktivitätswachstums ist die unzureichende Dynamik in der deutschen Unternehmenslandschaft. Im Jahr 2016 wurden im Gegensatz zum Jahr 2003 30 Prozent weniger Hightech-Unternehmen und 43 Prozent weniger IKT-Unternehmen gegründet. Diese abnehmenden Gründungszahlen lassen sich unter anderem auch auf

die sinkende Bevölkerung in den gründungsstarken Altersklassen (30- bis 50-Jährige) zurückführen. Zuletzt hat die Wirtschaftskrise die Produktivitätsentwicklung beeinflusst. Die expansive Geldpolitik führte dazu, dass unrentable Unternehmen weiterhin mit Geld versorgt wurden. So werden Ressourcen in alten, stagnierenden Unternehmen verwendet, statt durch junge Unternehmen in eine produktivere Verwendung überführt zu werden.

### Ein zügiger Ausbau der Netzinfrastruktur ist nötig

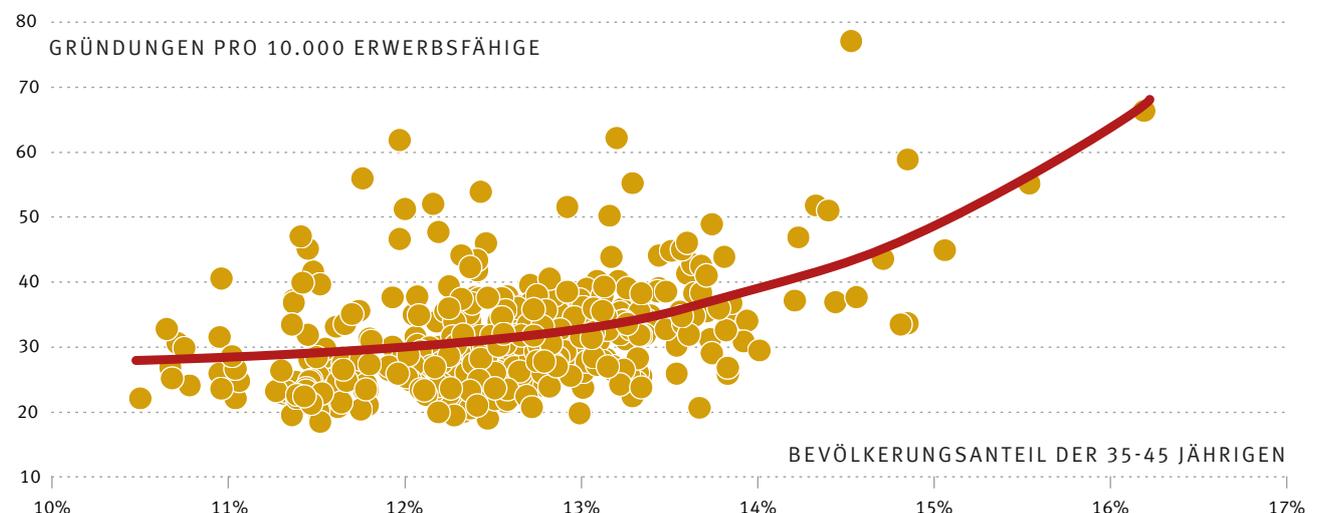
Um dem abnehmenden Produktivitätswachstum entgegenzuwirken, sollten erhebliche Investitionen getätigt werden. Vor allem ein schneller Ausbau einer Netzinfrastruktur ist nötig, um die technologischen Möglichkeiten der Digitalisierung in neue Produkte, Prozesse und Geschäftsmodelle umzusetzen. Auch müssen die Unternehmen ihre Investitionen in Ausstattung, Knowhow und Kompetenzen deutlich anheben. Dabei kann die vielfach geforderte steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung wichtige Anstöße liefern, insbesondere um mittelständische Unternehmen bei ihrer strategischen Ausrichtung auf Innovationen zu unterstützen. Um die Gründungsdynamik in Deutschland anzukurbeln, sollten mehr Ressourcen in neue, potenziell produktivere Unternehmen kanalisiert werden, statt in weniger produktive Unternehmen. Angesichts des anhaltenden Gründungsrückgangs sollten vorhandene Ansätze zur Gründungsförderung überdacht und neue Ansätze entwickelt werden.

Das ZEW policy brief findet sich zum Download unter:

<http://ftp.zew.de/pub/zew-docs/policybrief/pb04-18.pdf>

Dr. Johannes Bersch, johannes.beresch@zew.de  
 Josefine Diekhof, josefine.diekhof@zew.de  
 Bastian Krieger, bastian.krieger@zew.de  
 Dr. Georg Licht, georg.licht@zew.de  
 Simona Wagner, simona.wagner@zew.de

GRÜNDUNGSTÄTIGKEIT UND ALTERSSTRUKTUR IM QUERSCHNITT DER STADT- UND LANDKREISE IN DEUTSCHLAND 2010-2015



Die Punkte repräsentieren jeweils einen Stadt- bzw. Landkreis.

Quelle: Mannheimer Unternehmenspanel (MUP), INKAR Online, Berechnungen des ZEW

# Wohlhabende Haushalte in Deutschland verbrauchen die meisten Ressourcen

Im Zuge der Diskussion um nachhaltigen Konsum geht es immer wieder um den sogenannten Materialfußabdruck, den Haushalte hinterlassen. Als Indikator für Ressourcenverbrauch wird damit die Menge an Rohstoffen bezeichnet, die es braucht, um alle von einem Haushalt konsumierten Güter zu produzieren. In Deutschland unterscheiden sich die Materialfußabdrücke verschiedener Gruppen von Haushalten voneinander. Eine ZEW-Studie zeigt: Der Materialfußabdruck und damit der Ressourcenverbrauch steigt mit zunehmendem Haushaltseinkommen.

Um den Materialfußabdruck von Haushalten zu bestimmen, muss nicht nur die Menge der Rohstoffe – wie etwa Biomasse, Mineralien oder fossile Energieträger – im Inland berücksichtigt werden, sondern auch die Menge der Rohstoffe, die im Ausland für Produktion und Transport der im Inland konsumierten Güter anfallen. Schränken wohlhabende Länder wie Deutschland den Konsum materialintensiver Güter ein, fällt ihr Materialfußabdruck kleiner aus. Umgekehrt gilt: Mit höherem Konsum materialintensiver Güter wächst der Materialfußabdruck.

## Der Materialfußabdruck wächst mit dem Einkommen

Die Studie zeigt nun, dass der durchschnittliche Materialfußabdruck eines Haushalts in Deutschland im Jahr 2008 bei 26,99 Tonnen lag. Während 95,57 Prozent aller Haushalte hierzulande einen Materialfußabdruck von weniger als 60 Tonnen hinterließen, lag er bei 0,87 Prozent aller Haushalte bei mehr als 100 Tonnen. Familien mit Kindern haben im Schnitt eher einen unterdurchschnittlichen Materialfußabdruck, Alleinstehende hingegen einen überdurchschnittlichen. Mit zunehmendem verfügbarem Einkommen wächst auch der Materialfußabdruck: Das Viertel der Haushalte mit dem höchsten Haushaltseinkommen hat mit durchschnittlich 49,29 Tonnen einen Materialfußabdruck, der mehr als drei Mal so groß ist wie der des ärmsten Viertels der deutschen Bevölkerung (16,15 Tonnen).

Für die Analyse wurden Daten zur Einkommens- und Verbrauchsstichprobe ausgewertet, die Konsumausgaben deutscher Haushalte für verschiedene Zwecke abbildet. Die Haushalte wurden weiter anhand ihrer Ausgaben sowie nach Anzahl und Alter

der Haushaltsmitglieder eingeteilt und dabei zehn verschiedene Ausgabentypen berücksichtigt: Nahrungsmittel, Bekleidung, Wohnen, Energie, Haushaltsgeräte, Transport, Kommunikation, Gesundheit und Bildung, Freizeitwaren sowie sonstige Ausgaben. Je nach Wohlstandsniveau geben die einzelnen Haushalte in Deutschland der Studie zufolge ihr Einkommen für unterschiedliche Güter aus: Während die Ausgaben für Nahrungsmittel, Wohnen, Energie und Kommunikation bei ärmeren und bei wohlhabenden Haushalten gleichermaßen groß sind, ist der Ausgabenanteil beim wohlhabendsten Viertel der Haushalte mit Blick auf Transport besonders hoch. Dabei wird der Materialfußabdruck mit zunehmendem Haushaltseinkommen größer.

## Höhere Nahrungsmittelpreise zeigen Wirkung

Die Studie untersucht weiterhin, wie deutsche Haushalte ihre Konsumausgaben an Preis- und Einkommensänderungen anpassen. Dabei zeigt sich, dass sich eine Preiserhöhung bei Nahrungsmitteln am stärksten auf den Materialfußabdruck auswirkt: Steigen die Nahrungsmittelpreise um ein Prozent, fällt der Materialfußabdruck der Haushalte um insgesamt 3,27 Millionen Tonnen. Preiserhöhungen bei Transport, Wohnen sowie Gesundheit und Bildung führen dazu, dass der Materialfußabdruck um jeweils mehr als zwei Millionen Tonnen zurückgeht. Bei Preiserhöhungen in den Bereichen Bekleidung und Kommunikation sinkt der Materialfußabdruck um weniger als eine Million Tonnen.

Schließlich gehen die Autoren der Frage nach, ob Preiserhöhungen etwa in Folge von Steuererhöhungen den Konsum der jeweiligen Güter und damit auch den Materialfußabdruck verringern können. Im Ergebnis führen steigende Preise von Freizeitwaren zu fallenden Materialfußabdrücken, ohne Haushalte mit niedrigem Einkommen über Gebühr zu belasten. Insbesondere das Konsumverhalten der vermögenden Haushalte sollte näher untersucht werden, um herauszufinden, wie die Größe von Materialfußabdrücken weiter reduziert werden kann.

Die Studie in englischer Sprache findet sich zum Download unter: [www.zew.de/PU79961](http://www.zew.de/PU79961)

Miguel Angel Tovar Reaños, Ph.D., [miguelangel.tovarreasanos@zew.de](mailto:miguelangel.tovarreasanos@zew.de)  
Dr. Frank Pothen, [pothen@iuw.uni-hannover.de](mailto:pothen@iuw.uni-hannover.de)

## INHALT

Warum das Produktivitätswachstum in Deutschland an Fahrt verliert	1
Wohlhabende Haushalte in Deutschland verbrauchen die meisten Ressourcen	3
Frauen und Männer sind in der Arbeitswelt noch längst nicht gleich gestellt	4
Höhere Lernintensität durch G8-Reform verringert Chancengerechtigkeit	5
Digitalisierung in Deutschland – Was das Beispiel Silicon Valley lehrt	6

Wie sich Lebensmittelspenden mittels Marktdesign effizienter gestalten lassen	8
Nachgefragt: Verursacht das Steuer- und Transfersystem mehr soziale Ungleichheit?	9
ZEW intern	10
Daten und Fakten, Termine	11
Standpunkt	12

# Frauen und Männer sind in der Arbeitswelt noch längst nicht gleich gestellt

Die Gleichstellung von Frauen und Männern am deutschen Arbeitsmarkt schreitet nur zäh voran. So sind Frauen in Leitungspositionen nach wie vor unterrepräsentiert und fühlen sich durch ihren Arbeitgeber auch weniger gefördert als ihre männlichen Kollegen. Trotzdem sind Frauen im Durchschnitt genauso zufrieden mit ihrer Arbeit und ihrem Gehalt wie Männer. Zu diesem Ergebnis kommt der Monitor „Chancengleichheit von Frauen und Männern am Arbeitsplatz“, den das ZEW zusammen mit dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) erstellt hat.

Die Ergebnisse des Monitors zeigen, dass signifikante Geschlechterunterschiede nach wie vor bestehen: Frauen und Männer unterscheiden sich mit Blick auf Arbeitspensum, Anteile in Führungspositionen sowie Personalentwicklungsmöglichkeiten. Für die Erkenntnisse werteten die Wissenschaftler/innen von ZEW und IAB Befragungsdaten von 770 Personalverantwortlichen sowie 7.100 Beschäftigten aus Betrieben der Privatwirtschaft mit mindestens 50 Beschäftigten in den Jahren 2012/2013 und 2014/2015 aus. Demnach arbeiten Frauen sowohl in Teil- als auch Vollzeit seltener in Führungspositionen als ihre männlichen Kollegen. Der Anteil von Frauen in Leitungspositionen ist mit 14 Prozent dabei insgesamt weniger als halb so hoch wie der Anteil von Männern in Leitungspositionen, der bei 32 Prozent liegt. Zudem arbeiten 40 Prozent der Frauen in Teilzeit, während bei Männern nur drei Prozent in Teilzeit arbeiten.

Je nach Branche bestehen bei den Anteilen von Frauen an den Beschäftigten und Führungspositionen große Unterschiede. Spitzenreiter sind nach wie vor die Branchen Information und Kommunikation mit 43 Prozent der Frauen in Führungspositionen. Schlusslicht ist der Metall-, Elektro- und Fahrzeugbau mit acht Prozent.

Weiterhin klafft die Wahrnehmung von Frauen und Männern mit Blick auf die Personalentwicklung deutlich auseinander: Frauen fühlen sich weniger gefördert als Männer. Dies gilt vor allem für Frauen in Teilzeit und Frauen ohne Führungsfunktion. Frauen in Leitungspositionen geben häufiger als ihre männlichen Kollegen an, bei Personalentscheidungen wie Beförderungen oder Gehaltserhöhungen benachteiligt zu sein.

Geschlechterunterschiede bestehen schließlich auch bei Weiterbildungsmöglichkeiten: Frauen nehmen etwas seltener an beruflicher Weiterbildung teil als Männer. Das gilt vor allem für Teilzeitbeschäftigte und Frauen ohne Vorgesetztenfunktion. Trotz der Unterschiede in der Personalentwicklung zeigen sich Frauen nicht unzufriedener. Mit Blick auf ihr Gehalt im Speziellen und ihre Arbeit im Allgemeinen gibt es bei der Zufriedenheit keine Unterschiede zwischen Frauen und Männern.

Um Chancenungerechtigkeit entgegenzuwirken, setzen immer mehr Betriebe gezielte Maßnahmen ein. Immerhin möchte jeder vierte Betrieb den Anteil von Frauen in Führungspositionen erhöhen. Größere Betriebe verfolgten dieses Ziel mit knapp 40 Prozent häufiger als kleinere Betriebe. Flexible Arbeitszeiten, Teilzeit für Führungskräfte und spezielle Weiterbildungen sind beliebte Maßnahmen der Frauenförderung. Während kleinere Betriebe bis auf Mentoring-Programme und Förderpläne alle Maßnahmen sehr häufig anwenden, konzentrieren sich größere Betriebe eher auf flexible Arbeitszeitmodelle, Teilzeit für Führungskräfte und gezielte Weiterbildungsprogramme.

Die Studie findet sich zum Download unter:  
[www.bmas.de/DE/Service/Medien/Publikationen/a881-monitor-chancengleichheit-von-frauen-und-maennern-am-arbeitsplatz.html](http://www.bmas.de/DE/Service/Medien/Publikationen/a881-monitor-chancengleichheit-von-frauen-und-maennern-am-arbeitsplatz.html)

Jun.-Prof. Dr. Susanne Steffes, susanne.steffes@zew.de

## DIE BRANCHEN UNTERSCHIEDEN SICH

Bei den Anteilen von Frauen an den Beschäftigten und in Führungspositionen bestehen große Unterschiede zwischen den verschiedenen Branchen. Der Anteil von Frauen in Führungspositionen hängt mit dem Anteil von Frauen an allen Beschäftigten zusammen.



		Anteile Frauen an allen Beschäftigten 2014	Anteile Frauen in Führungspositionen 2012		Anteile Frauen in Führungspositionen 2014
Verarbeitendes Gewerbe		25%	13%	➔	22%
Handel, Verkehr, Nachrichten		33%	22%	➔	27%
Information, Kommunikation		50%	51%	➔	43%
Metall, Elektro, Fahrzeugbau		14%	9%	➔	8%
Unternehmensnahe & Finanz-Dienstleistungen		46%	27%	➔	28%



Die G8-Reform an deutschen Gymnasien hat dafür gesorgt, dass die Ungleichheit der Bildungschancen gestiegen ist.

Foto: © istockphoto/Imgorthand

# Höhere Lernintensität durch G8-Reform verringert Chancengerechtigkeit

Die Politik hat sich seit der Jahrtausendwende darauf konzentriert, das Bildungssystem in Deutschland effizienter zu gestalten und die gymnasiale Schulzeit von neun auf acht Jahre zu verkürzen (G8-Reform). Da aber die Inhalte nicht gleichzeitig auch verschlankt wurden, ist die Lernintensität seitdem gestiegen. Diese gestiegene Lernintensität verschlechtert die Chancengerechtigkeit von Schülerinnen und Schülern beim Zugang zu Bildung: **Mittelfristig ist die Chancengerechtigkeit seit Einführung der G8-Reform um mehr als 25 Prozent gesunken, wie eine ZEW-Studie zeigt.**

Soziale Mobilität ist immer wieder ein Thema in modernen Gesellschaften. Viele Menschen befürchten einen sozialen Abstieg, also dass es ihnen oder ihren Kindern künftig schlechter gehen könnte. Es gibt aber in größeren Gruppen der Bevölkerung auch die Sorge, dass es nicht ausreichend Aufstiegsmöglichkeiten für alle gibt. Bildung wird allgemein als das wichtigste Instrument für sozialen Aufstieg gesehen. Daher ist es ein zentrales Anliegen der Politik, Bildungssysteme zu analysieren und zu untersuchen, inwiefern Chancengleichheit beim Zugang zu Bildung gegeben ist. Gleichzeitig stellen knappe Budgets und der ökonomische Wettbewerb mit anderen Staaten das deutsche Bildungssystem vor neue Herausforderungen. So wurde die gymnasiale Schulzeit von neun auf acht Jahre verkürzt.

Die ZEW-Studie untersucht nun, ob, und wenn ja, wie eine höhere Lernintensität die Chancengerechtigkeit beim Zugang zu Bildung beeinflusst. Hierfür wurden Daten der internationalen Schulleistungsstudie (PISA-I) der Jahre 2003, 2006, 2009 und 2012 zu den Kompetenzen im Lesen, in der Mathematik und in den Naturwissenschaften von Gymnasialschülerinnen und -schülern der neunten Klassen in den verschiedenen deutschen Bundesländern verwendet.

Zunächst misst die Studie die Chancengerechtigkeit beim Zugang zu Bildung als den Anteil der Varianz der standardisierten PISA-Testergebnisse, die sich ausschließlich auf äußere Umstände zurückführen lassen. Äußere Umstände, die individuell nicht beeinflussbar sind wie beispielsweise das Geschlecht oder das Einkommen und der Bildungsstand der Eltern, sind für 20 Prozent

bis 30 Prozent der Varianz der PISA-Testergebnisse in Deutschland verantwortlich.

Weiterhin stellt sich die Frage, ob ein Zusammenhang zwischen der gestiegenen Lernintensität und der Chancengerechtigkeit besteht. In der kurzen Frist, also bei Jahrgängen unmittelbar nach der G8-Einführung, hatte die höhere Lernintensität keinen unmittelbaren Einfluss auf die Chancengerechtigkeit. In der mittleren Frist, also über mehrere Jahre hinweg, sank die Chancengerechtigkeit hingegen um mehr als 25 Prozent.

## Förderung von Schülern/-innen sollte weniger von Umständen im Elternhaus abhängig sein

Vor allem Schüler/innen aus Akademiker-Haushalten werden von den Eltern umfangreichere Ressourcen zur Bewältigung des gestiegenen Lernpensums zur Verfügung gestellt. Das umfasst sowohl die Bereitschaft, für Nachhilfe zu zahlen, als auch einen zeitlichen Einsatz der Eltern, ihren Kindern bei den Schulaufgaben zu helfen. Um mehr Chancengerechtigkeit zu erreichen, sind verschiedene politische Schlussfolgerungen denkbar: Entweder eine Rückkehr zu G9 oder unter Beibehaltung von G8, stärker als bisher in Ganztagschulen zu investieren oder die Lehrpläne an die kürzere Schulzeit anzupassen. Im Allgemeinen sollte dafür gesorgt werden, dass die Förderung der Schüler/innen weniger von den Gegebenheiten im Elternhaus abhängig ist.

Zudem gibt es mit Blick auf die gesunkene Chancengerechtigkeit aufgrund verkürzter Gymnasialschulzeiten fachabhängige Unterschiede. Mathematische und naturwissenschaftlichen Fähigkeiten der Schüler/innen sind stärker von der gestiegenen Lernintensität beeinflusst als Lesefähigkeiten. Dies kann daran liegen, dass mathematische und naturwissenschaftliche Inhalte eher von Fachleuten in der Schule vermittelt werden müssen, während sich Lesefähigkeiten zu einem Großteil ganz allgemein aus dem Alltag ergeben.

Die Studie findet sich zum Download unter:  
[www.zew.de/PU79955](http://www.zew.de/PU79955)

Sebastian Camarero Garcia, [sebastian.CamareroGarcia@zew.de](mailto:sebastian.CamareroGarcia@zew.de)

# Digitalisierung in Deutschland – Was das Beispiel Silicon Valley lehrt

Das Silicon Valley gibt weltweit den Takt für den digitalen Wandel vor. Dort sitzen die weltweit führenden Technologieunternehmen und Start-ups, dort konzentriert sich ein Viertel des globalen Risikokapitals. Für Deutschland stellt sich daher die Frage: Was lernen wir daraus und wie setzen wir dieses Wissen und bereits vorhandene Kompetenzen ein, um bei der Aufholjagd 4.0 nicht ins Hintertreffen zu geraten? Um neue Wege und digitale Lösungen für hiesige Unternehmen und Betriebe ging es bei einer gemeinsamen Veranstaltung des ZEW und des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau des Landes Baden-Württemberg.

Den rund 130 Gästen aus Wirtschaft, Politik und Wissenschaft in der BW Bank wurde schnell klar, dass es nicht *die* eine einfache Lösung geben wird für eine „Aufholjagd zum Silicon Valley“, wie der Titel der Veranstaltung lautete. ZEW-Präsident Prof. Achim Wambach, Ph.D. erläuterte in seinem Vortrag „Digitale Marktwirtschaft – Herausforderungen und Perspektiven“, dass die Digitalisierung zu einem Strukturwandel führt, in dessen Verlauf bestehende Märkte durch innovative Markteintreter aufgemischt werden. Um Schritt zu halten und zur Spitzengruppe aufzuschließen, seien drei Aufgaben zu bewältigen: der Breitbandausbau, E-Government – sprich die Digitalisierung öffentlicher Dienste – und Investitionen in digitale Geschäftsmodelle.

Obwohl die Mittel für Investitionen vorhanden seien, gebe es in Deutschland noch wenig Erfolgsgeschichten, wie sie das Silicon Valley geschrieben habe, erklärte Andreas von Bechtolsheim, Gründer von Sun Microsystems und einer der ersten Investoren bei Google, via Live-Zuschaltung aus den USA. Von Bechtolsheim betonte, dass es für Unternehmen in den Vereinigten Staaten einfacher sei, schneller zu wachsen, da der Markt viel größer und homogener sei, als etwa in Europa. Das Silicon Valley sei letztlich nur ein kleiner Zirkel. Es gehe vielmehr darum, mit neuen, innovativen Geschäftsmodellen weltweit zu expandieren. „Wo lässt sich investieren und wo ergibt sich daraus langfris-

tig ein entscheidender Vorteil – diese Frage müssen Unternehmen global beantworten“, sagte von Bechtolsheim.

Bei Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut, Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau des Landes Baden-Württemberg, genießt das Thema Digitalisierung höchste Priorität. Rund eine Milliarde Euro will die Landesregierung in der laufenden Legislaturperiode in die Digitalisierung investieren. Baden-Württemberg befindet sich mitten in der Industrialisierung des Internets. Eine Aufholjagd zu den USA im kommerziellen Bereich könne es nicht mehr geben, im industriellen Bereich hingegen schon. „Wir müssen unsere eigenen Wege finden“, sagte die Ministerin, „wie wir Künstliche Intelligenz und das Internet der Dinge gestalten, gerade in der in Baden-Württemberg starken Automobilbranche, wird das die Gretchenfrage der Zukunft sein.“ Die anschließende Podiumsdebatte, moderiert von Silke Wettach, Korrespondentin des Magazins „Wirtschaftswoche“ in Brüssel, setzte parallel zu den Vorträgen weitere Akzente.

Die Unternehmen selbst sieht Dr. Georg Müller, Vorstandsvorsitzender des Energieversorgungsunternehmens MVV Energie AG, in der Pflicht, um mit internen Veränderungsprozessen auf den digitalen Wandel zu reagieren. Unternehmen wie auch Politik müssten gleichermaßen Voraussetzungen für internationale Wettbewerbsfähigkeit schaffen. Staatliche Regulierung sei dabei richtig, wenn sie auf entsprechender Erfahrung beruhe.

Eben diese Erfahrungen würden von Wettbewerbsbehörden derzeit intensiv gemacht, argumentierte ZEW-Präsident Achim Wambach. Die Missbrauchsaufsicht sei hierbei das richtige Instrument. In einem so hochdynamischen Markt komme es zugleich aber darauf an, Bewegungsspielräume zu schaffen. Das Silicon Valley sei in dieser Hinsicht „eine Art Traktor“. Neben den USA pflege auch Israel eine sehr starke Gründungskultur und in China würden vielfach bereits Technologien eingesetzt, „an die wir hier heute noch gar nicht denken“, sagte Wambach.

Felix Kretz, felix.kretz@zew.de



Bei der Podiumsdiskussion (v.l.): ZEW-Präsident Achim Wambach, Moderatorin Silke Wettach, Ministerin Nicole Hoffmeister-Kraut und Unternehmer Georg Müller.

Foto: ZEW



Bundesbankpräsident Dr. Jens Weidmann bei seinem Vortrag am ZEW vor rund 200 Gästen aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung.

Foto: ZEW

# Eine präzise Notenbankkommunikation kann Erwartungen am Markt steuern

Notenbanken nutzen vielfältige Kommunikationskanäle, um die Öffentlichkeit über ihr geldpolitisches Handeln zu informieren. Welche Faktoren haben die Entwicklung der Notenbankkommunikation hin zu einem einflussreichen geldpolitischen Instrument bedingt und welchen Herausforderungen unterliegt erfolgreiche Notenbankkommunikation heute? Dazu äußerte sich Dr. Jens Weidmann, Präsident der Deutschen Bundesbank, in der Veranstaltungsreihe „Wirtschaftspolitik aus erster Hand“ am ZEW.

Die Kommunikation von Notenbanken hat sich in den vergangenen Jahren grundlegend gewandelt. So gab die Europäische Zentralbank (EZB) bis zum Jahr 1994 keinerlei Angaben zum Leitzins preis und begann erst im Jahr 1999 damit, im Anschluss an jede Leitzinssitzung eine Stellungnahme zu veröffentlichen, die die Entscheidungen der EZB transparenter machen und die Öffentlichkeit informieren sollte. „Bis vor wenigen Jahren hatte Notenbankkommunikation etwas Mystisches“, erläuterte Jens Weidmann in seinem Vortrag vor rund 200 Gästen aus Wissenschaft und Wirtschaft, Politik und Verwaltung am ZEW.

Die Einsicht, dass präzise Kommunikation die Erwartungen mit Blick auf Spar- und Investitionsentscheidungen sowie Konsumverhalten beeinflussen kann, kam erst Mitte der 1990er-Jahre. Dabei ging die Weiterentwicklung der Notenbankkommunikation vor allem mit dem Ziel der Inflationssteuerung einher. „Menschen – und vor allem Unternehmer – handeln vorausschauend und bilden deshalb Erwartungen. Indem Notenbanken Einfluss auf diese Erwartungen nehmen, macht sich das auch bei Transaktionen am Geldmarkt und bei der Preisentwicklung bemerkbar“, so der Bundesbankpräsident. „Erwartungssteuerung durch Kommunikation hat sich damit zu einem der wichtigsten Grundsätze geldpolitischen Handelns entwickelt.“

Dass geldpolitische Entscheidungen im Fokus einer breiten Öffentlichkeit stehen, zeige auch das hohe Interesse an den monatlichen Pressekonferenzen der EZB. „Notenbanken haben gegenüber der Bevölkerung eine Rechenschaftspflicht“, machte Weidmann deutlich. Dabei sei das Vertrauen der Menschen in stabile Preise das wertvollste Kapital. Wurde die Bevölkerung

bis vor einiger Zeit noch von Entscheidungen der EZB noch überrascht, würden diese Entscheidungen inzwischen ausführlich vorbereitet und kommuniziert.

## Transparente Entscheidungen sorgen für Vertrauen in der Bevölkerung

„Wichtig ist, Ziele exakt zu formulieren und genau das richtige Maß an Informationen bereitzustellen. Damit schaffen wir Vertrauen in eine langfristige, stabile Geldpolitik“, führte Weidmann aus. Eine zentrale Herausforderung der Notenbankkommunikation stelle derzeit die Zinspolitik der EZB dar. „Das Anleihekaufprogramm der EZB war ein durchaus unkonventionelles Mittel und machte entsprechende Transparenz notwendig“, so Weidmann. Diese Absicht verfolge die EZB seit 2013 mit ihrer Maßnahme der sogenannten „Forward Guidance“. Diese setzt den Rahmen für die künftige Entwicklung der EZB-Leitzinsen und legt den Zeithorizont des Programms zum Ankauf von Wertpapieren fest. Derzeit sei das Auslaufen des Anleihekaufprogramms für September 2018 geplant, bis 2020 soll die Inflation in der Eurozone „unter, aber nahe zwei Prozent liegen“. „Dies wird der Anfang einer geldpolitischen Normalisierung sein“, prophezeite Weidmann. Befürchtungen, dass damit das Ende des wirtschaftlichen Aufschwungs und ein konjunktureller Wendepunkt drohen würden, teile er allerdings nicht.

Der anschließende Austausch zwischen Jens Weidmann und ZEW-Präsident Prof. Achim Wambach, Ph.D., sowie dem Publikum verdeutlichte, wie kontrovers das geldpolitische Handeln der Zentralbanken und ihre Kommunikation aufgenommen werden. Wie kann trotz divergierender nationaler Interessen innerhalb der Währungsunion eine gemeinsame Notenbankkommunikation gelingen? Und was bedeutet das Ende der expansiven Geldpolitik für die Wirtschaft der Eurozone? Diese und weitere Fragen zeigten, dass das Thema weiterhin relevant bleiben wird.

Eine Bildergalerie und ein Video zur Veranstaltung findet sich unter: [www.zew.de/AM5876](http://www.zew.de/AM5876)

Annelie Heitmann, [Annelie.Heitmann@zew.de](mailto:Annelie.Heitmann@zew.de)



Informationsprobleme, die Tafeln bei der Lebensmittelverteilung haben, lassen sich durch Preisbildungssysteme lösen.

Foto: © iStockphoto/ deabug

# Wie sich Lebensmittelspenden mittels Marktdesign effizienter gestalten lassen

Tafeln sind gemeinnützige Hilfsorganisationen, die kostenlos Mahlzeiten für Bedürftige zur Verfügung stellen. Das erfolgreiche Modell ist mit mehr als 50.000 ehrenamtlichen Helfern/-innen und zirka 1,5 Millionen versorgten Bedürftigen pro Jahr eine der größten sozialen Bewegungen in Deutschland. Allerdings hat der Aufnahmestopp der Essener Tafel Anfang des Jahres – neben einer kontroversen Diskussion über die angemessene Rationierung der Spenden – insbesondere die Versorgungsengpässe deutlich gemacht, über die viele Tafelleitungen berichten. Ein Blick in die USA zeigt, wie mit einer einfachen Maßnahme nicht nur die Zuteilung von Lebensmittelspenden effizienter gestaltet, sondern auch das Angebot an Spenden gesteigert werden kann.

Dass Tafeln in Deutschland mit Versorgungsengpässen zu kämpfen haben, liegt zum einen an der stetig steigenden Nachfrage – unter anderem im Zuge der Flüchtlingswelle –, zum anderen aber auch am Rückgang der Spenden, da Supermärkte immer besser den tagesaktuellen Bedarf an frischen Lebensmitteln kalkulieren können.

In den USA bezieht die drittgrößte gemeinnützige Organisation des Landes, Feeding America (FA), Großspenden in Form von LKWs voller Produkte von großen Händlern und Lebensmittelherstellern und verteilt diese auf etwa 210 regionale Tafeln. Solche Großspenden machen allerdings nur einen Teil der Spenden aus. FA verteilt also Großspenden, ohne jedoch die lokalen Kleinspenden von Bäckern und Supermärkten zu kennen. Dadurch werden die wahren Bedürfnisse der Tafeln nur unzureichend berücksichtigt, da es sich hier um Informationen handelt, die meist nur den Tafeln selbst vorliegen. Aufgrund dieser Informationsasymmetrie war es für FA schwierig, einerseits Lebensmittelverschwendung zu vermeiden und andererseits zu verhindern, dass Lebensmittelspenden entsorgt werden müssen, was insbesondere den Großspendern ein großes Anliegen ist.

Um die Informationsprobleme bei der Lebensmittelverteilung zu lösen, bildete FA eine Arbeitsgruppe aus Leitern regionaler Tafeln und Ökonomen/-innen der Universität Chicago. Die Ökonomen/-innen schlugen einen (besonderen) Marktmecha-

nismus vor: Die Ausgabe von Spielgeld an Tafeln, die damit die gespendeten Lebensmittel ersteigern konnten. Preise können das Informationsproblem lösen, indem sie anzeigen, wie sehr die Tafeln verschiedene Produkte wertschätzen. Um sicherzustellen, dass die bedürftigsten Tafeln mit dem größten Einzugsgebiet die meisten Lebensmittel bekommen, erhalten diese Tafeln mehr Spielgeld nach einem festgelegten Verteilungsschlüssel in Abhängigkeit zum Einzugsgebiets und zur Armutsquote.

## Neuer Marktmechanismus für zielgerichtete Spenden

Im Zuge des neuen Verfahrens hat FA eine Onlineplattform geschaffen. Jeden Tag loggen sich mehr als 200 Tafeln aus ganz Nordamerika auf einer Website ein, auf der tagesaktuell Lebensmittelangebote veröffentlicht werden – durchschnittlich 30 bis 40 Angebote pro Tag – und nehmen an bis zu zwei Auktionen teil. Dabei bieten sie mit Spielgeld, das morgens ausgegeben und um Mitternacht nach dem gleichen Verteilungsschlüssel wieder neu verteilt wird. Durch die Beobachtung dieser künstlichen Preise erhält FA Informationen darüber, welche Arten von Lebensmitteln besonders gefragt sind (Müsli, Nudeln und Reis) und eher weniger (Obst und Gemüse, Milchprodukte und Softgetränke). Die Preise weichen oft sehr stark von den im Supermarkt beobachtbaren Preisen ab. So kostet ein Kilogramm Obst im Supermarkt ein Vielfaches von einem Kilogramm Nudeln. Allerdings haben Nudeln einen höheren Nährwert, sind länger haltbar und werden damit auch seltener lokal gespendet. Diese Informationen waren entscheidend für FA, um zielgerichtet neue Spenden zu akquirieren. Das Angebot an gespendeten Lebensmitteln stieg mit der Einführung des neuen Systems von 125 auf 175 Millionen Kilogramm pro Jahr an.

Die auf diese Weise neu organisierte Verteilung von Lebensmittelspenden ist ein Beispiel dafür, wie Fortschritt in Technik, Wissenschaft und Forschung dazu geführt hat, dass Märkte immer besser und individueller gestaltet werden können – und somit für gelungenes Marktdesign.

Dr. Thilo Klein, [thilo.klein@zew.de](mailto:thilo.klein@zew.de)

Nachgefragt: Verursacht das Steuer- und Transfersystem mehr soziale Ungleichheit?

## „Die Politik sollte Arbeitsanreize im Transferbereich schaffen“

Das deutsche Steuer-, Abgaben- und Transfersystem wird immer wieder als zu komplex und intransparent gescholten. Tatsächlich kann das Zusammenwirken von Sozialabgaben, Einkommensteuer und Transferleistungen wie Wohn- und Kindergeld dazu führen, dass sich Einkommenszuwächse für einige Menschen nicht auszahlen. Dies gilt insbesondere für die Grenzbelastung, die abbildet, welcher Anteil eines zusätzlich verdienten Euros wieder an den Staat abgegeben werden muss. ZEW-Familienökonom Holger Stichnoth äußert sich kritisch zu diesen Fehlanreizen im deutschen Steuer- und Transfersystem.

**„Mehr brutto“ bedeutet nicht zwangsläufig auch „mehr netto“. Welche Einkommensklassen sind besonders von einer hohen Grenzbelastung betroffen?**

Das deutsche Steuersystem ist zwar progressiv, belastet also höhere Einkommen tendenziell stärker als geringe. Für eine umfassende Evaluation müssen jedoch auch Sozialleistungen und Sozialversicherungsbeiträge berücksichtigt werden. Bei der Sozialversicherung werden auf Einkommen jenseits der Bemessungsgrenze keine Beiträge mehr gezahlt. Und Transfers wie Arbeitslosengeld (ALG II), Kinderzuschlag oder Wohngeld werden einkommensabhängig gezahlt, sodass ihr Wegfall bei steigendem Einkommen für die Betroffenen eine Belastung darstellt. Dementsprechend sind vor allem die unteren Bereiche der Einkommensverteilung von hohen Grenzbelastungen betroffen.

**Was heißt das konkret?**

Menschen, die Hartz IV beziehen, werden die Leistungen um 80 Cent für jeden hinzuverdienten Euro oberhalb der jährlichen Freigrenze von 12.000 Euro gekürzt. Für diese Menschen oder auch für Leute, die Wohngeld oder Kinderzuschlag beziehen, ergeben sich bei Kürzung oder Wegfall der Leistungen typischerweise Grenzbelastungen zwischen 80 Prozent und 100 Prozent. In Extremfällen kommt es auch zu Grenzbelastungen von weit mehr als 100 Prozent: Aus „mehr Brutto“ folgt dann sogar „weniger Netto“. Davon sind besonders stark Alleinerziehende und Paare mit Kindern betroffen. Erstere müssen beispielsweise mehr als 23.800 Euro verdienen, um eine Grenzbelastung von rund 40 Prozent zu erreichen, letztere erreichen diese relativ niedrige Grenzbelastung, abhängig davon, ob nur ein Partner verdient oder beide verdienen, bei 36.300 Euro beziehungsweise 40.800 Euro.

**Also lohnt sich zusätzliche Arbeit bei Geringverdienenden nicht mehr?**

In den unteren Einkommensbereichen kommt durch den Transferentzug nur ein geringer Teil eines potenziellen Mehrverdienstes bei den Arbeitenden an. Eine zusätzliche Stunde Arbeit zum Mindestlohn von 8,84 Euro zahlt sich bei einer Grenzbelastung von 80 Prozent für den Haushalt letztlich nur mit 1,77 Euro

als zusätzlich verfügbarem Einkommen aus. Zumindest aus finanzieller Sicht lohnt sich da das Arbeiten kaum. Aus Sicht des Einzelnen ist die Versuchung dann groß, eher über Schwarzarbeit „aufzustocken“, weil sich dann jeder Euro im eigenen Portemonnaie wiederfindet. Da sich Gutverdienende am anderen Ende des Einkommensspektrums einer im Vergleich geringeren Grenzbelastung gegenübersehen, haben diese stärkere Anreize, mehr zu arbeiten. Die unterschiedlichen Grenzbelastungen führen so auch zu höherer Ungleichheit und damit zu Verzerrungen.

**Wie kann die Politik diese Verzerrungen aus der Welt schaffen?**

Die Einzelleistungen wie ALG II, Kinderzuschlag und Wohngeld lassen sich zum Beispiel besser aufeinander abstimmen. Die Sprungstellen und hohen Ausschläge bei der Grenzbelastung könnten durch eine einheitliche Transferentzugsrate ersetzt werden. Dadurch würde das Leistungssystem transparenter. Auch positive Beschäftigungseffekte wären zu erwarten. Allerdings sind auch ohne einen solchen Systemwechsel Verbesserungen bei den einzelnen Leistungen möglich. Die neue Bundesregierung plant derzeit, die bisherige Abbruchkante beim Kinderzuschlag abzuschaffen. Das ist zu begrüßen.

**Was kann Deutschland bei derartigen Reformvorhaben von anderen Ländern lernen?**

Eine Zusammenlegung von Transferleistungen zu einer einzelnen Leistung wird in den USA oder in den skandinavischen Ländern bereits praktiziert. In Großbritannien obliegt die Zuständigkeit für Sozialleistungen zumindest einer einzelnen Behörde. Ein Blick auf die Erfahrungen in diesen Ländern kann Deutschland bei der Abwägung und konkreten Ausgestaltung verschiedener Reformoptionen helfen.



**Dr. Holger Stichnoth**

ist Senior Researcher und kommissarischer Leiter der Forschungsgruppe „Internationale Verteilungsanalysen“ am ZEW. Seine Arbeitsschwerpunkte sind die Familienökonomik und die verhaltensbasierte Mikrosimulation sowie der Zusammenhang von Einwanderung und Umverteilung. Er war Projektverantwortlicher in zahlreichen Beratungsprojekten, unter anderem zur Evaluation ehe- und familienbezogener Leistungen in Deutschland und zu den Erwerbsanreizen im Niedriglohnbereich.

holger.stichnoth@zew.de

## FRAME-Konferenz am ZEW – Wie öffentliche Forschung Innovationen beeinflusst



Professor Bart Verspagen bei seinem Vortrag während der FRAME-Konferenz.

Welchen Einfluss haben Innovationen auf das Wirtschaftswachstum? Und wie kann die Politik nachhaltige Innovationen und Wachstum unterstützen? Diese Fragen diskutierten Wissenschaftler/innen und politische Entscheidungsträger am ZEW bei der Konferenz zum FRAME-Projekt (“Framework for the Analysis of Research and Adoption Activities and their Macroeconomic Effects”), das von der Europäischen Kommission gefördert wird. Die

Gäste diskutierten Forschungsergebnisse zu den Effekten öffentlicher Forschungsförderung auf die ökonomische Entwicklung. Dabei ging es um makroökonomische Modellierungen mit Blick auf Auswirkungen der Forschung von Universitäten und Forschungseinrichtungen auf die Innovationstätigkeit. Ein Schwerpunkt der Konferenz lag auf dem Wissenstransfer von Forschungsergebnissen an Beschäftigte aus Ministerien und Zentralbanken, die die vorgestellten Modellierungsansätze künftig zur Unterstützung ihrer Entscheidungen einsetzen wollen.

In diesem Zusammenhang debattierten Wissenschaftler/innen und Gäste auch über den mikroökonomischen Einfluss öffentlich finanzierter Forschungs- und Entwicklungsprojekte auf Innovationen, Wachstum und Beschäftigung. ZEW-Ökonom Dr. Maikel Pellens zeigte, dass aus gemeinsamer Forschungsarbeit bei Aufträgen von Unternehmen an Institute der Fraunhofer-Gesellschaft selbst einige Jahre nach Beendigung des Projekts noch positive Beschäftigungseffekte resultieren. Bart Verspagen, Direktor von UNU-Merit und Professor an der Universität Maastricht, beleuchtete den Einfluss öffentlicher Forschungsausgaben auf die Produktivitätsentwicklung von Mitgliedsländern der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD).

## ZEW informiert über Karrierechancen bei CareerFair 2018 an der Universität Mannheim

Über die beruflichen Einstiegsmöglichkeiten in der wirtschaftswissenschaftlichen, anwendungsbezogenen Forschung am ZEW hat der Personalbereich des Instituts bei der Firmenkontaktmesse Career Fair auf dem Campus der Universität Mannheim informiert. Egal ob Praktikum, studentische Mitarbeit, Ausbildung oder Einstieg in die Wissenschaft: Das ZEW als eines der führenden Wirtschaftsforschungsinstitute in Europa gilt als idealer Ort für den Start in das wissenschaftliche Berufsleben. Um diesen Wettbewerbsvorteil zu halten und weiter auszubauen, bietet das

ZEW exzellenten Nachwuchswissenschaftlern/-innen die Chance einer anspruchsvollen und praxisnahen Mitarbeit an nationalen und internationalen Forschungsprojekten, verbunden mit einer fundierten Weiterqualifizierung als Grundlage einer Karriere in Wissenschaft, Unternehmen, Verwaltung und Organisationen. Auch für Promotionsstudenten/-innen aus den Doktorandenprogrammen verschiedener Hochschulen, mit denen das ZEW über das ZEW Doctoral Studies Network verbunden ist, besteht die Möglichkeit einer Mitarbeit am ZEW.

## Führungskräfte aus Vietnam bilden sich am ZEW weiter

Führungskräfte aus Vietnam haben im Rahmen des englischsprachigen Managerfortbildungsprogramms „Fit for Partnership with Germany“ das ZEW besucht. 21 Manager/innen aus verschiedenen Branchen der vietnamesischen Wirtschaft absolvierten die Fortbildung, intensivierten bereits bestehende Kontakte und knüpften erfolgreich neue Verbindungen in Deutschland. Bereits zum fünften Mal wurde das Programm als Element der deutschen Außenwirtschaftspolitik im Auftrag der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH und des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi) vom ZEW durchgeführt. Bei der Weiterbildung werden in interaktiven und praxisorientierten Trainings Kenntnisse vermittelt, beispielsweise zur Verhandlungsführung mit deutschen Geschäftspartnern, zu interkulturellem Management oder zu Grundlagen von Businessplänen. Darüber hinaus werden die Teilnehmenden in Coachings dabei unterstützt, ihre individuellen Kooperationsziele

zu verfolgen, von der Vorbereitung persönlicher Treffen bis hin zum Vertragsabschluss.

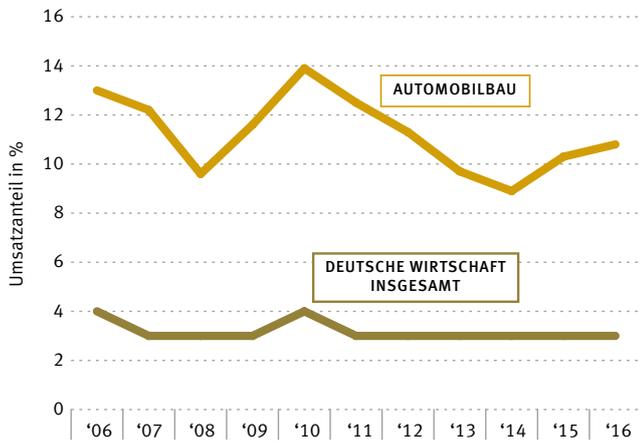


Die Teilnehmer/innen des Managerfortbildungsprogramms „Fit for Partnership with Germany“ am ZEW.

Foto: ZEW

## Branchenreport – Automobilbau steigert Umsätze mit Marktneuheiten

INNOVATIONSERFOLGE: UMSATZANTEIL VON MARKTNEUHEITEN



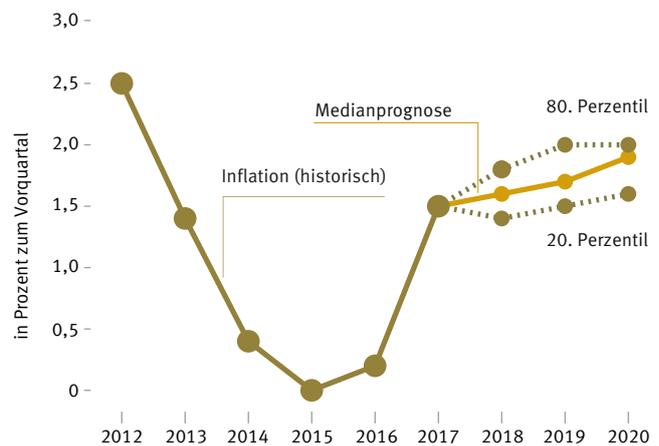
Quelle: ZEW, Mannheimer Innovationspanel

Der deutsche Automobilbau hat seine Umsätze mit Marktneuheiten seit dem Jahr 2015 wieder deutlich gesteigert. Das geht aus dem aktuellen Branchenreport Innovation für den Automobilbau hervor, der die Innovationsleistung der Branche im Jahr 2016 darstellt. Insgesamt lag der Anteil der Unternehmen mit Innovationen bei 52,7 Prozent. Die Innovationsausgaben stiegen im Vergleich zum Vorjahr um drei Prozent auf 47,11 Milliarden Euro. Der Umsatzanteil mit Produktinnovationen betrug 50,9 Prozent. Im Jahr 2016 gingen knapp elf Prozent des Branchenumsatzes auf Produktinnovationen zurück, die so zuvor noch nicht am Markt waren. Im Jahr 2014 lag dieser Anteilswert unter neun Prozent. Nach einem Höchststand im Jahr 2010 mit 14 Prozent sank danach die Quote vier Jahre in Folge. Der erneute Anstieg steht im Zusammenhang mit der Verbreitung neuer Antriebsformen wie beispielsweise E-Mobilität sowie der allmählichen Einführung von Anwendungen des automatisierten Fahrens.

Dr. Christian Rammer, christian.rammer@zew.de

## Finanzmarktreport – Inflationsrate nähert sich Zwei-Prozent-Marke an

MITTELFRISTIGE INFLATIONSPROGNOSEN



Quelle: ZEW

Die Inflationsrate für das Eurogebiet ist im April 2018 überraschend bei 1,2 Prozent und damit leicht gesunken, nach einem Stand von 1,3 Prozent im März 2018. Nach Ansicht der Finanzmarktexperten/-innen dürfte die Inflation in den nächsten Monaten jedoch wieder zulegen. Darauf deuten die reguläre Richtungsprognose sowie die Sonderfrage des ZEW-Finanzmarkttests hin. Beide machen deutlich, dass die Erwartungen der Experten/-innen mit Blick auf die Inflation im Euroraum kräftig nach oben gegangen sind. Der neue Indikatorwert beträgt 66,5 Punkte, 12,5 Punkte mehr als im Vormonat. Diese Änderung der Inflationserwartungen dürfte zum Teil auf den Anstieg der Rohölpreise zurückzuführen sein. Die Medianprognose der Inflationserwartung für 2018 und 2019 beträgt jeweils 1,6 Prozent und 1,7 Prozent. Im Jahr 2020 soll die Inflationsrate mit 1,9 Prozent knapp unterhalb der für die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) wichtigen Zwei-Prozent-Marke liegen.

Dr. Michael Schröder, michael.schroeder@zew.de



## Konferenz zu Unternehmensdynamiken

Die vierte internationale Konferenz des ZEW zu Unternehmensdynamiken findet am 18. und 19. Juni 2018 am ZEW in Mannheim statt. Ziel der englischsprachigen Konferenz ist es, aktuelle wissenschaftliche Beiträge sowohl zu den Wechselwirkungen von Finanzierung, Humankapital sowie Innovations- und Investitionsaktivitäten junger Unternehmen zu diskutieren als auch sich mit den öffentlichen Instrumenten zur Förderung von Gründungsaktivitäten in Fachvorträgen und Sessions auseinanderzusetzen.

Weitere Informationen unter: [www.zew.de/VA2493](http://www.zew.de/VA2493)

## Konferenz zur Ökonomie der IKT

Das ZEW richtet am 21. und 22. Juni 2018 in Mannheim die 16. Konferenz zur Ökonomie der Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) aus. Bei der englischsprachigen Veranstaltung sollen verschiedene Aspekte dieser und weiterer Themenbereiche vorgestellt und diskutiert werden: Software- und Internetbranche, Telekommunikation und neue Medien, Internetdienste, E-Commerce, Digitale Märkte und Plattformen, Big Data, IKT und Arbeitsmarkt sowie Fragen mit Blick auf die Digital Divide.

Weitere Informationen unter: [www.zew.de/VA2452](http://www.zew.de/VA2452)



## 25 Jahre EU-Binnenmarkt – Eine ausbaufähige Erfolgsgeschichte

Der Europäische Binnenmarkt kann seit dem offiziellen Start im Januar 1993 nach 25 Jahren als Erfolgsgeschichte bezeichnet werden. Er bietet Marktzugang zu mehr als 500 Millionen Men-

schen und machte im vergangenen Jahr 16,5 Prozent des weltweiten Bruttoinlandsprodukts aus. Damit ist der Binnenmarkt der Europäischen Union der größte gemeinsame Wirtschaftsraum der Welt. Allerdings besteht noch Ausbaupotenzial.

Das Fundament des EU-Binnenmarktes sind die vier Grundfreiheiten: Freier Warenverkehr, Dienstleistungsfreiheit, Personenfreizügigkeit sowie freier Kapital- und Zahlungsverkehr. Mit dem Abbau von Handelsschranken konnte das Handelsvolumen in der EU über die Jahre auf nun knapp 3.000 Milliarden Euro gesteigert werden. Die vertiefte wirtschaftliche Integration hat zu Wirtschafts- und Arbeitsplatzwachstum in der EU beigetragen. Schätzungen der EU-Kommission zufolge trug der Binnenmarkt zwischen 1992 und 2006 zu einem Anstieg des BIP von 2,2 Prozent und der Schaffung von 2,75 Millionen Arbeitsplätzen bei.

Der Brexit stellt eine Zäsur für Europa dar und eine Schwächung des Binnenmarktes. Es ist aber davon auszugehen, dass die britische Wirtschaft eng mit der europäischen verbunden bleiben wird und ähnlich wie Island, Norwegen und Liechtenstein über den Europäischen Wirtschaftsraum oder die Schweiz über die Europäische Freihandelszone am EU-Binnenmarkt partizipieren wird. Neben direkten ökonomischen Gewinnen ergeben sich aus dem Binnenmarkt auch institutionelle Vorteile. Eine Folge ist die gemeinsame EU-Handelspolitik. Müssten EU-Länder einzeln mit Drittstaaten über Handelsfragen verhandeln, wären sie angesichts ihrer wirtschaftlichen Größe im Vergleich zu den großen Wirtschaftsböcken USA und China in einer schwächeren Position. So konnte die EU etwa beim Handelsabkommen CETA mit Kanada hohen Verbraucherschutz und Umweltstandards sowie gute Marktbedingungen für Unternehmen aushandeln.

Ein weiterer institutioneller Vorteil ist die gemeinsame Wettbewerbspolitik. Sie soll einheitliche Rahmenbedingungen im Binnenmarkt garantieren und Wettbewerbsverzerrungen unterbinden.

In vielen Fällen ist die EU-Kommission für die Kartellverfolgung, Missbrauchsaufsicht und Fusionskontrolle anstelle der nationalen Behörden zuständig. Außerdem verantwortet die EU-Kommission die staatliche Beihilfekontrolle, die ungleiche Marktbedingungen aufgrund von staatlichen Beihilfen unterbinden soll. Die gemeinsame Wettbewerbspolitik hilft auch bei der Durchsetzung von Wettbewerbsregeln bei außereuropäischen Unternehmen. Ein Paradebeispiel ist das Verfahren der EU-Kommission gegen Google, das mit einer Rekord-Kartellstrafe von 2,4 Milliarden Euro abgeschlossen wurde. Hätte jedes EU-Land einzeln gegen Google vorgehen müssen, wäre der Fall vermutlich anders ausgegangen.

Hinzu kommt die gemeinsame Währung als wesentliches Element des Binnenmarktes. Neben der Vermeidung von Wechselkursrisiken verhindert der Euro innereuropäische Währungskriege, die die Akzeptanz des Binnenmarktes gefährden würden. Aber es besteht weiterhin Handlungsbedarf, unter anderem um eine stärkere wirtschaftliche Konvergenz angesichts immer noch großer Unterschiede zwischen den EU-Staaten wie etwa beim BIP pro Kopf zu befördern.

Die EU-Kommission schätzt, dass der Abbau von Handelsschranken mit der Vervollständigung des digitalen Binnenmarktes jährlich bis zu 415 Milliarden Euro zum BIP beitragen kann. Auch beim grenzüberschreitenden Dienstleistungshandel gibt es noch Hürden und die Finanzmarktintegration ist unvollständig. Zudem ist eine stärkere Integration im EU-Energiebinnenmarkt erforderlich, um mehr Effizienz in der Energieversorgung und bei der Erreichung der Klimaziele zu erwirken. Trotz nach wie vor bestehender Herausforderungen ist der EU-Binnenmarkt eine Erfolgsgeschichte und ein Pfund, mit dem Europa in der Welt wuchern kann. Wenn es ihn nicht schon seit 25 Jahren gäbe, müsste man ihn erfinden.

Die ungekürzte Version dieses Artikels erscheint am 23.7.2018 im Magazin „Die Volkswirtschaft“.

# ZEW

Zentrum für Europäische  
Wirtschaftsforschung GmbH

**ZEW news** – erscheint zehnmal jährlich · **Herausgeber:** Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim L 7, 1, 68161 Mannheim · Postanschrift: Postfach 10 34 43, 68034 Mannheim · Internet: [www.zew.de](http://www.zew.de), [www.zew.eu](http://www.zew.eu)  
Präsident: Prof. Achim Wambach, Ph.D. · Kaufmännischer Direktor: Thomas Kohl

**Redaktion:** Gunter Grittmann · Telefon 0621/1235-132 · Telefax 0621/1235-255 · E-Mail [gunter.grittmann@zew.de](mailto:gunter.grittmann@zew.de)  
Felix Kretz · Telefon 0621/1235-103 · Telefax 0621/1235-255 · E-Mail [felix.kretz@zew.de](mailto:felix.kretz@zew.de)  
Sabine Elbert · Telefon 0621/1235-133 · Telefax 0621/1235-255 · E-Mail [sabine.elbert@zew.de](mailto:sabine.elbert@zew.de)

**Nachdruck und sonstige Verbreitung** (auch auszugsweise): mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars  
© Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW), Mannheim, 2018 · Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft